

## +++Pressearchiv+++

Lauterbacher Anzeiger vom 03.05.07

### **E-Plus bleibt hart: Der Mast wird nicht versetzt**

Vertrag offensichtlich "wasserdicht" - Konzept würde 100 000 Euro kosten

LAUTERBACH (gl). Die Gespräche der Stadt mit dem Mobilfunkbetreiber E-Plus sind gescheitert, das Unternehmen bleibt hart: Der neue Mobilfunkmast in Blitzenrod wird nicht versetzt. Bürgermeister Rainer-Hans Vollmüller, der dieses Ergebnis gestern in einer Pressekonferenz bekannt gab, erläuterte gleichzeitig, dass der Vertrag der Stadt mit E-Plus nach Einschätzung durch drei Gutachten offenbar juristisch wasserdicht ist und keine Kündigungsmöglichkeit bietet. E-Plus argumentiert in einem Schreiben an den Magistrat, dass eine Verlegung des Mastes eine schlechtere Versorgung zur Folge hätte, woran das Unternehmen kein Interesse haben könne. Zudem werde durch eine Verlegung die Diskussion um den Mobilfunk in Lauterbach keineswegs beendet, denn es gebe keine Garantie, "dass nicht auch eine Diskussion an anderer Stelle durch andere Betroffene geführt würde." Für eine Verlegung rechnet E-Plus mit Kosten von 300 000 Euro, "die durch die Stadt oder von Privatpersonen getragen werden müssten."

Auch der in der Kommunalpolitik diskutierte Ausweg, den Vertrag der Stadt mit E-Plus zu kündigen, um keinen Standort mehr für den Mast zu bieten, scheint erst einmal verbaut zu sein. Der Hessische Städte- und Gemeindebund, der Gemeindeversicherungsverband sowie der Anwalt der Stadt kommen in getrennten Gutachten zum gleichen Ergebnis: Die Stadt kann nicht kündigen, weil dafür kein Grund vorliegt. Auch eine Anfechtung kommt nach juristischer Einschätzung nicht in Frage, weil es auch dafür eines Grundes bedürfte, den es für die Stadt offenbar nicht gibt. Bürgerproteste und Ängste vor den Auswirkungen des Mobilfunks sind als Kündigungsgründe jedenfalls nicht festgehalten.

Fazit für Bürgermeister Vollmüller: "Da die Stadt an Recht und Gesetz gebunden ist, können wir gegen den Vertrag mit E-Plus nicht vorgehen." Damit sei klar, dass im Endeffekt eine Verschiebung des Standortes nicht mehr erreichbar sei. Noch einmal gründlich untersuchen ließ der Magistrat die Frage, ob die Stadt ein steuerndes Mobilfunkkonzept erarbeiten könnte. Die beiden kommunalen Spitzenverbände und Anwalt Christian Hagemeyer kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es erhebliche rechtliche Bedenken gegen ein solches Vorhaben gibt - nicht umsonst ist es in der Bundesrepublik bislang noch nie in die Praxis umgesetzt worden. Vor wenigen Wochen erst hat das Oberverwaltungsgericht Saarlouis die Rechtsposition der oberen Gerichte bestätigt: Die Gemeinden müssen Mobilfunkanlagen in allgemeinen Wohngebieten dulden. Eine Steuerungsmöglichkeit könne es nicht geben, weil ein solcher Schritt der Gemeinden in die umweltrechtlichen Kompetenzen des Bundes eingreifen würde, der die technischen Standards der Anlagen festgeschrieben hat. Eigene Standards und Grenzwerte dürften die Kommunen deshalb nicht festlegen.

Eine freiwillige Regelung mit den Betreibern auf bestimmte Standorte ist offenbar auch nicht zu erzielen. Alle Betreiber haben nach Angaben des Bürgermeisters die Stadt wissen lassen, "dass sie dazu keine Möglichkeit sehen." Jeder Betreiber

verfolge ein anderes Konzept mit einer eigenen Versorgungsphilosophie. Deshalb gebe es objektiv keine Möglichkeit, ein gemeinsames Konzept mit der Stadt zu vereinbaren. Außerdem gebe es keine Notwendigkeit dafür, weil derzeit kein Betreiber weitere Standorte plane.

So ungewiss die rechtliche Machbarkeit eines Konzepts ist, so hoch wären die Kosten: Nach den Angeboten von Fachbüros rechnet die Stadt mit reinen Planungskosten von 50 000 bis 70 000 Euro, hinzu kämen die Kosten für die eigentliche Flächenplanung und die entsprechenden Verfahren, "so dass wir eher von 100 000 Euro Kosten ausgehen müssen".

Nach den Worten des Bürgermeisters ist es jetzt Aufgabe des Parlaments zu entscheiden, ob ein Mobilfunkkonzept mit diesen Chancen und zu diesen Kosten erstellt werden soll. Die Einbindung der Bürgerwelle in die eventuelle Erarbeitung sieht Vollmöller skeptisch: Die Gemeindeordnung biete da nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Verwaltungshandeln sei nach dem Gesetz ganz klar der Auftrag des Magistrats, an dem keine Bürgerinitiativen beteiligt werden könnten. "Außerdem: Die gegenseitigen Standpunkte sind nun wirklich ausführlich erörtert worden."

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++  
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++  
Internet: [www.buergerwelle-lauterbach.de](http://www.buergerwelle-lauterbach.de) +++ eMail: [info@buergerwelle-lauterbach.de](mailto:info@buergerwelle-lauterbach.de)

**Wer ist die Bürgerwelle?** Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++